

8. IV. 1919

# Deutschland und der Bolschewismus.

## Eine Zuschrift aus Bayern.

Von Philipp Born.

Professor des Völkerrechtes.

(Siehe Nr. 19618 der „Neuen Freien Presse“ vom 6. April.)

Munich (Bayern), 4. April.

### II.

Die im ersten Artikel geschilderten Zustände in Deutschland sind die Folge der Novemberrevolution. Völkerveränderungen müssen ihren Weg zu Ende gehen, bis ihr Ziel erreicht ist, es sei denn, daß ihnen eine stärkere Gewalt ein Ende setzt. Sogar ein Anzeichen, daß eine solche stärkere Gewalt in Deutschland hervortreten und die wilde Volksbewegung zähmen werde, ist nicht zu erkennen.

Das Ergebnis der deutschen Novemberrevolution hängt nicht allein von den inneren Kräften ab, die im deutschen Volke um die Herrschaft ringen, sondern wird stark, vielleicht entscheidend, bestimmt durch äußere Dinge, durch den bevorstehenden Friedensschluß.

Die deutsche Regierung, die ihren Rechtsboden durch die Wahlen vom 19. Januar empfangen hat, ist entschlossen, die Ruhe, Ordnung und Arbeit des deutschen Volkes wiederherzustellen; sie führt diesen Entschluß unter den denkbar größten Schwierigkeiten mit Mut und Tapferkeit durch; sie hat in diesem Bestreben den weitaus größten Teil des deutschen Volkes, wie es in der Weimarer Nationalversammlung vertreten ist, geschlossen hinter sich, und es darf sicher angenommen werden, daß dies Bestreben, auch wenn die Schwierigkeiten sich immer wieder erneuern und noch höher klettern, schließlich einen guten Erfolg haben wird, wenn — der Friedensschluß diesen Erfolg nicht zur Unmöglichkeit macht.

Es ist nicht unsere Aufgabe, zu erwägen, was ein bolschewistisches Deutschland für die Entente, für die ganze Welt der abendländischen Zivilisation bedeuten würde. Wir denken darüber nach, und wir sind uns über das Ergebnis dieses Nachdenkens klar genug; aber wir haben keinen Anlaß, darüber viele Worte zu machen. Die müde Resignation, die sich mehr und mehr auf die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands legt, läßt uns schweigen über die Aussichten, die ein bolschewistisches Deutschland für die Welt bieten würde. Darüber mögen die anderen, die Feinde und die Neutralen, nachdenken und sprechen.

Wenn die Sozialdemokratie des naiven Glaubens war — wir wissen nicht, ob sie es war — daß der Umsturz des kaiserlichen Deutschland uns einen baldigen und billigen Frieden bringen werde, so weiß sie heute klar genug, wie sehr sie sich in diesem Glauben getäuscht hat. Die — auch nach dem Urteil der Neutralen — unerhörte Härte der Waffenstillstandsbedingungen wäre nie möglich gewesen, wenn nicht der Umsturz der ganzen Staatsordnung durch die Novemberrevolution uns vollkommen hilf- und wehrlos gemacht hätte; vor allem: wir wären nicht rechtlos gewesen, sondern man hätte unsere Rechtsforderung erfüllen müssen, daß die Waffenstillstandsbedingungen nach der getroffenen Vereinbarung den 14 Punkten Wilsons entsprechen, und daß die Bedingungen des Waffenstillstandes nichts enthalten dürften, was dem Begriff des Waffenstillstandes: Niederlegung der Waffen, mit denen der Krieg geführt wurde, widerspricht. Vor allem wurde die Hungerblockade, die weitans schärfste Waffe des Krieges, nicht niedergelegt, sondern weiter mit aller Kraft geführt, und noch heute, mehr als vier Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, werden durch diese Waffe täglich viele hunderte armer Menschen zu Tode geschlagen. Und das Elend der gemarterten deutschen Kriegsgefangenen, die, obwohl der Krieg seit mehr als vier Monaten zu Ende ist, nicht zu ihrer Familie zurückkehren dürfen, bringt viele Tausende in Deutschland zur Verzweiflung.

Wir klagen nicht über diese Maßregeln und urteilen nicht über sie; das hat heute keinen Zweck mehr; wir begnügen uns, die Tatsache festzustellen, daß die Empfindungen des deutschen Volkes über die Waffenstillstandsbedingungen und insbesondere über die Fortdauer der Blockade und die Kriegsgefangenen sich in weitesten Kreisen geradezu zur Verzweiflung gesteigert haben. Und die mehrmalige weitere Verschärfung dieser Bedingungen, vor allem die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, hat diese verzweifelte Stimmung selbstverständlich noch mehr vertieft und erhöht.

Kümmern sollen demnächst die Verhandlungen über den endgültigen Frieden beginnen, und ein großes Aufsehen hervoragender deutscher Vertreter schickt sich an, zu diesen Verhandlungen sich nach Paris zu begeben. Der Friede soll, wie oftmals und laut verkündet wurde, ein Friede von „Recht und Gerechtigkeit“ sein, der die Grundlage bieten soll für einen Bund der Völker, in dem durch Erfüllung aller gerechten Ansprüche der Völker die Gründe der bisherigen internationalen Gegensätze, die sich zu Mißtrauen, Feindschaft, Krieg gesteigert haben, ausgeschlossen werden sollen. Die 14 Punkte Wilsons sollen, wie dies bereits als Vertragsgrundlage des Friedens in der Vereinbarung über den Waffenstillstand festgestellt wurde, die Richtlinien bilden für die zukünftige Neuordnung der Staatenverhältnisse der Welt. Das deutsche Volk hat seine Übereinstimmung mit diesem Friedensplane durch die radikale Beseitigung der bisherigen monarchischen Staatsordnung, als der behaupteten Trägerin des Kriegsgebahrens in unweidiger Weise bezeugt und die dem entgegenstehenden Meinungen und Strömungen im Volke sind völlig ausgeschaltet worden. Darüber besteht in Deutschland nicht der mindeste Zweifel und darüber kann auch die übrige Welt angesichts der tatsächlichen Zustände in Deutschland keinen Zweifel hegen.

Dieser Friede von Recht und Gerechtigkeit auf der Grundlage der vierzehn Punkte Wilsons als der Richtlinien für die Einzelvorschriften ist in Paris durch langandauernde Verhandlungen der siegreichen Mächte vorbereitet worden. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen ist amtlich nichts verlautbart worden, aber die Mitteilungen der französischen und englischen Presse lassen doch klar erkennen, wie der künftige Friede der Welt aussehen wird. An Gegensätzen bei den Verhandlungen scheint es nicht gefehlt zu haben; die Einigung ist aber doch trotz aller Gegensätze hergestellt worden, und daß unsere deutschen Unterhändler an dieser Einigung Wesentliches zu ändern imstande wären, auch wenn sie mit Engelszungen predigten, wird nach den bisherigen Erfahrungen niemand anzunehmen den Mut haben.

Wir enthalten uns jeden Eingehens auf Einzelheiten. Wir müssen uns genug sein lassen, das Folgende festzustellen: Entweder der Friedensschluß erfolgt auf der Grundlage der vierzehn Punkte Wilsons. Daß er auch dann hart genug für Deutschland sein und Deutschland aus der Höhe des Kaiserreiches für lange Zeit, vielleicht für immer, in das armselige Nichts eines ohnmächtigen Staatsgebildes gestürzt sein wird, ist für niemand zweifelhaft. Aber wir werden diesen Frieden als einen Frieden von Recht und Gerechtigkeit, wie wir dies bereits in der Waffenstillstandsvereinbarung getan haben, anerkennen; wir werden unser Staatswesen in Reich und Einzelstaaten in feste Ordnung zu bringen uns bemühen, wir werden unsere wirtschaftliche Arbeit wieder mit aller Kraft aufnehmen, um so bald als möglich die zweifellos sehr hohe Kriegsschädigung zu tilgen und uns selbst aus der Armut, in die uns der Weltkrieg gestürzt hat, wieder zu bescheidenem Wohlstand zu erheben; und wir sind bereit, auf dieser Grundlage dem großen Gedanken des Völkerbundes, der in der deutschen Geistesgeschichte eine so bedeutende Ueberlieferung darstellt, unser nationales Staatswesen ein- und unterzuordnen. Dieser Friede von Recht und Gerechtigkeit würde in jedem Falle die heute noch unsichere republikanische Regierungsgewalt sowie die Elemente der Ordnung im deutschen Volke in so hohem Grade stärken, daß alle Gefahren des immer wieder aufflackernden Bolschewismus endgültig niedergeschlagen werden und die republikanische Staats- und Rechtsordnung fest und dauernd begründet werden könnte.

Oder: der Friede wird kein Wilsonischer Rechtsfriede, sondern ein Clemenceauischer Gewaltfriede, wie ihn die französische Presse uns verkündigt. Man zerreißt, zerstückelt, knechtet deutsches Land und Volk unter fremder Herrschaft; man legt uns entehrende Sklavenketten für unser inneres Staatsleben an, wie fremde Ueberwachung unseres Verkehrs, unserer Seehäfen und schiffbaren Ströme; man zerreißt und zerstört unser Wirtschaftsleben durch Entziehung der Rohstoffe, so daß unsere Produktion keinen bescheidenen Ertrag mehr gewinnen, unsere fürsorgende Sozialgesetzgebung nicht aufrechterhalten werden, auch die angestrengteste Mühe und Arbeit nicht mehr die Grundlage künftigen bescheidenen Wohlstandes werden kann. Verhandlungen werden daran wenig zu ändern vermögen.

Unser Wohlstand ist durch den Weltkrieg vernichtet. Die Folge des Gewaltfriedens wäre, daß auch für eine unabsehbare Zukunft jede Möglichkeit der Wiederherstellung auch nur des bescheidensten Wohlstandes ausgeschlossen wäre. Damit wäre auch jede Schaffenskraft und jedes Interesse an unserer wirtschaftlichen Arbeit vernichtet; unsere ganze wirtschaftliche Arbeit wäre Sklavenarbeit für andere und das ganze Volk dieser wirtschaftlichen Arbeit würde sich ohne weiteres den Gedanken des Sklavenführers Spartakus unterordnen. Daß auch dann die geistige Arbeit der Deutschen nicht stillestehen würde, ist gewiß; aber sie würde sich in die engsten Grenzen des Einzelnebens zurückziehen; was in den Zeiten des Kaiserreiches den Flug bis an die äußersten Enden der Erde nahm, würde sich jetzt in die verborgene Hütte des Einzelnen flüchten. Unser wirtschaftliches und in zwingender Folge davon unser ganzes öffentliches Leben wären rettungslos dem Bolschewismus verfallen. An die Stelle der gegenwärtigen Regierung würde Spartakus, an die Stelle der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung würde der Kommunismus treten. Und niemand hätte die Kraft, ja niemand hätte ein starkes Interesse daran, dies zu verhindern. Die innere Kraft der deutschen Ordnungselemente wäre durch den Gewaltfrieden rettungslos gebrochen.

Ein russischer Bolschewistenführer soll vor kurzem das Wort gesprochen haben: „Der Tag ist nahe, da die preussischen Junker mit uns gegen die Entente marschieren werden.“

Die bevorstehende Entscheidung in Paris wird nicht nur über Deutschlands Zukunft entscheiden, sondern sie wird die Schicksalsstunde der Welt sein.